

**AKTUELLES INTERVIEW**

## „Europäer verhandeln nicht schlechter“

Erbschaftssteuer, TTIP, Rente oder Asyl und Immigration, der Bayernkongress der Familienunternehmer widmet sich einer ganzen Reihe wirtschaftlicher und politischer Themen. Ein Gespräch mit Martin Schoeller, Landesvorsitzender „Die Familienunternehmer“, über Familienunternehmen und Herausforderungen.

■ **Am Freitag kommen die Familienunternehmer in Kolbermoor zum Bayernkongress zusammen. Wer ist für Sie Familienunternehmer?**

Wir sind nicht der Meinung, dass ein Familienunternehmer nur ein Multi-Generationen-Unternehmen ist. Ein Familienunternehmer ist auch ein Gründer mit Kindern, der langfristig denkt. Das Besondere an einem Familienunternehmen ist, dass langfristige Entscheidungen einer kurzfristigen Gewinnmaximierung bevorzugt werden. Man denkt nicht so sehr an den Bonus im vierten Quartal, sondern wie stabil das Unternehmen in fünf Jahren noch ist. Ein Familienunternehmer ist dadurch auch interessensgleich gerichtet mit seinen Mitarbeitern, denn nur wenn es der Firma gut geht, geht es auch ihm gut.

■ **Irgendwann wird der Familienunternehmer seinen Betrieb an die nächste Generation weitergeben wollen. Wer jetzt vor diesem Schritt steht, für den ist das Thema Erbschaftssteuerreform brandaktuell.**

Wir sind der Meinung, dass hier unverantwortlich mit der Stabilität von Arbeitsplätzen in Familienunternehmen umgegangen wird. 70 Prozent der Arbeitnehmer in Deutschland sind in Familienunternehmen beschäftigt. Betroffen von der Erbschaftssteuerreform sind immer noch sieben Millionen Arbeitnehmer – also rund 20 Prozent, die einen Schuss vor den Bug bekommen. Die Erbschaftssteuer ist in der Spitze festgelegt auf 30 Prozent vom Unternehmenswert. Im Durchschnitt ist dies gleich dem Gesamtwert des Buch-Eigenkapitals und ein Vielfaches der verfügbaren Liquidität – die in der Regel im Erhalt des Unterneh-



Das Freihandelsabkommen TTIP sehen „Die Familienunternehmer“ positiv. Es schütze deutsche Firmen und Arbeitnehmer, so Landesvorsitzender Martin Schoeller. Auch die intensive Diskussion bewertet er positiv.



FOTOS DPA/RE

mens gebunden ist. Wir wünschen uns, dass man den Termin im Sommer erst einmal verstreichen lässt und in die nächste Koalitionsperiode vertagt, wo es noch einmal neu und wirtschaftlich aufgelockert wird. Das Bundesverfassungsgericht hat signalisiert, nicht sofort die Erleichterung der Betriebsübergabe abzuschaffen und hat wahrscheinlich aus der politischen Diskussion mitbekommen, dass hier viele Arbeitsplätze gefährdet würden.

■ **Ebenso aktuell ist das Thema TTIP. Wie steht der Verband „Die Familienunternehmer“ zum Freihandelsabkommen mit den USA – auch vor dem Hintergrund der jüngsten Veröffentlichungen aus den Verhandlungen?**

Wir sind ganz klar pro TTIP. Die geäußerten Bedenken, sind teils verständlich, teils ist es jedoch völlig überzogene Stimmungsmache. Grundsätzlich sollte man nicht immer Angst haben, dass Europa in Verhandlungen unterliegt. Wenn man die Positionen der TTIP-Gegner liest, kommt es einem so vor, als gäbe es ein Grundgesetz, dass Amerikaner besser verhandeln als Europäer. Es muss eine selbstbewusste Europapolitik gemacht werden, wo die einzelnen Länder wieder verstehen, dass Europa nicht nur ein Umverteiler von Lasten ist, sondern ein

Gewährer von Vorteilen, die man nur gemeinsam verhandeln kann. Es wird mit Sicherheit für die Europäer ein Vorteil sein, einen leichteren Zugang zum amerikanischen Markt zu haben, den sie einheitlich von Küste zu Küste erwerben können. Derzeit können sie das häufig nur mit einer Präsenz vor Ort, dortigen Produktionen oder Vertriebsgesellschaften. Diese Veränderung bringt Jobs nach Europa. Für die Amerikaner wird es mit den vielen Sprachen und Gewohnheiten in 27 Ländern deutlich schwerer sein, Europa als einen Markt wahrzunehmen.

■ **Angeprangert wird unter anderem die Investorenschutzklausel.**

Hier steigt mein Verständnis für die TTIP-Kritiker aus. Sowohl von Unternehmer- als auch von Regierungsseite wird zu wenig Klarheit geschaffen, um Ängsten entgegenzuwirken. Die Investorenschutzklausel soll mittels eines Schiedsverfahrens umgesetzt werden – auf Wunsch der Europäer mittels eines Schiedsgerichtshofs, der die Streitigkeiten zwischen Unternehmen und Staat regelt. Streitigkeiten zwischen Unternehmen sind schon immer Privatsache und werden nach der International Chamber of Commerce und ähnlichen Verfahren heute schon geregelt, wenn man

lange Prozesse umgehen will. Es ist eine Irreleitung zu sagen, dass ein Schiedsverfahren besonders teuer ist. Reguläre Prozesse können noch viel teurer sein. Ein Schiedsgericht schützt deutsche Firmen vor einem amerikanischen Rechtssystem mit absurd hohen Strafen, die für Europäer nicht nachvollziehbar und auch nicht greifbar sind. Hier wird fehlinformiert und das ärgert mich. Das Schiedsgericht kommt uns zugute und wer das Gegenteil behauptet, unterschätzt die Risiken des amerikanischen Rechtssystems und leistet den Arbeitsplätzen in Deutschland keinen Gefallen. Die Regierung müsste hier eine viel bessere Aufklärungsarbeit leisten.

■ **Welche Branchen sind von TTIP besonders betroffen?**

Intensiv betroffen sind die Bereiche Lebensmittel, Handel, Maschinenbau und Medizintechnik. Die Diskussionen um Gen-Food ist gerechtfertigt und gut zu führen. Fachleute scheren die Bedenken nicht über einen Kamm und die Einwände der beteiligten Kreise werden ernst genommen. Eine Diskussion ist fortschrittstreibend. Es ist sicher, dass Standards nicht runtergezogen werden. Da ist meines Erachtens die Kritik unehrlich. Standards nach unten zu korrigieren wäre auch nicht

sinnvoll, weil sonst andere Wirtschaftsregionen die Märkte bestimmen. Wir würden auf niedrigeren Qualitätsstandards nicht mehr so wettbewerbsfähig sein wie wir es auf unseren hohen Qualitätsstandards heute sind. Keiner muss generell daran zweifeln, dass die europäische Seite ihr Interesse an hohen Standards gut vertreibt.

■ **Die jüngsten Veröffentlichungen lassen etwas anderes vermuten.**

Aus den Geheimdokumenten bekomme ich den Eindruck, es wird gerungen – und das ist nichts Schlechtes. Das Papier hat nichts Schockierendes. Ich finde es gut, dass so genau und stark diskutiert wird. Darüber sollte die Bevölkerung froh sein.

■ **Ein zweites Thema, das Ihnen unter den Nägeln brennt, ist das Thema Rente.**

Länger leben, kürzer arbeiten und weniger Kinder, die in die Rentenkasse einzahlen, da kann man nicht dasselbe ausgeben wie vorher. Hier wird der Bevölkerung etwas vorgegaukelt. Müntefering war ehrlicher. Die Lösung ist ganz einfach: Wenn die Hälfte der Deutschen arbeitet, geht die Rechnung auf, dann kann die andere Hälfte zu jung sein, in Rente, in Mutterschutz, in Ausbildung

oder sich in Transformation zwischen Jobs befinden. Es braucht keine komplizierten Ansparmodelle, man muss sich darauf einigen, dass immer die Hälfte arbeitet. Wenn wir also fünf Jahre länger leben – was ein Geschenk ist – müssen wir zweieinhalb Jahre länger arbeiten. Dies muss nicht über einen Kamm geschert, sondern kann individuell vereinbart werden, nach persönlichen Bedürfnissen und Bedürfnissen der verschiedenen Berufsgruppen. Die meisten Leute hören nicht gerne auf, sondern würden gerne weiterhin gefragt sein. Hier kommt die FDP mit einem sehr überzeugenden Modell.

■ **Wie sehr hat Familienunternehmer die Rente mit 63 getroffen?**

Es hat viele erfahrene Leute dazu bewegt, aufzuhören – aus Angst, dass ihnen sonst etwas verloren geht. Das hat einen Fachkräftemangel und Know-how-Verlust erzeugt. Es war eine in Zahlen ausdrückbare Fehlentscheidung. Die Kompetenz konnte bislang nicht wieder reingeholt werden.

■ **Was versprechen Sie sich vom Kongress der Familienunternehmer?**

Ich verspreche mir, dass die Wirtschaftsverbände mit einer Stimme sprechen. Ich wünsche mir Impulse zur Asyl- und Immigrationspolitik, die auch die Mitte einfangen und das Abwandern nach rechts konterkarieren. Asyl heißt temporärer Schutz und ist nicht gleichzusetzen mit Immigration. Hinzu kommt das Thema effizientere Wirtschaftspolitik: Innovation, sichere Arbeitsplätze, Digitalisierung, E-Mobilität oder eine Erleichterung des gewerblichen Rechtsschutzes. Es müsste in Europa auf Knopfdruck möglich sein, ein Patent in allen europäischen Ländern zu bekommen. Gerade der Bereich der Innovationen, die IP (Intellectual Property), wird von den Kosten für Patente in allen europäischen Ländern erschlagen. Wir wollen, dass der Standort wirtschaftlich bleibt. CDU und SPD ruhen sich auf der Agenda 2010 aus. Daher wünschen wir von dem Kongress auch ein starkes Bewusstsein, dass die FDP nicht die Partei der Reichen, sondern die Partei der stabilen Arbeitsplätze in gesunden Firmen ist.

Interview: Nina Kallmeier

**LEXIKON DER WIRTSCHAFT**

**Ottmar Mergenthaler:** Ottmar Mergenthaler war Uhrmacher und gilt als Erfinder der Linotype-Setzmaschine, mit der ein neues Zeitalter der Drucktechnik begann. Er wurde als drittes von vier Kindern 1854 in Hachtel geboren. Schon als Kind zeigte er technisches Interesse, für ein Maschinenbau-Studium fehlte jedoch das Geld. So absolvierte er eine Uhrmacherlehre, bevor er in die USA auswanderte. Zunächst arbeitete er in der Werkstatt seines Veters für elektrische Geräte und Messwerkzeuge, bevor er seine eigene Werkstatt eröffnete. Als der Bedarf für eine brauchbare Setzmaschine stieg, arbeitete Mergenthaler mehrere Jahre an einer Lösung. 1886 wurde die erste Maschine mit frei umlaufenden Messingmatrizen fertiggestellt, mit deren Hilfe die Leistung eines Setzers auf etwa 6000 Zeichen pro Stunde gesteigert werden konnte.

**WETTBEWERB**

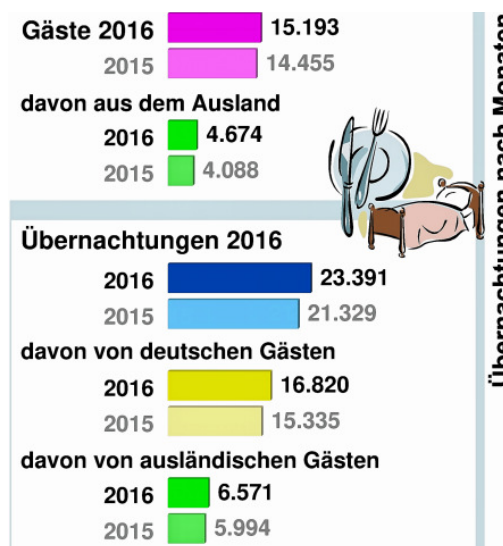
### Unternehmen haben Juryliste erreicht

**Rosenheim/Altötting** – Gleich mehrere Unternehmen in der Region haben es auf die Juryliste und damit in die Endauswahl für den „Großen Preis des Mittelstandes“ geschafft. Insgesamt fast 5000 Unternehmen deutschlandweit waren nominiert, 689 haben sich für die nächste Stufe qualifiziert. Dazu gehören die ISC Innovative Systems Consulting AG Cristina Werther aus Rosenheim, Rieder Faserbeton-Elemente GmbH aus Kolbermoor, die Elektro Kreuztippner GmbH mit Sitz in Burghausen, cts GmbH aus Burgkirchen, Strasser Bauunternehmung GmbH aus Winhöring und die ATECH Antriebstechnik für Elektrofahrräder Vertriebs GmbH mit Sitz in Mering. Die Auswahl der Preisträger und Finalisten treffen nun zwölf Regionaljurys und eine Abschlussjury. Pro Wettbewerbsregion können jeweils drei Unternehmen als Preisträger und fünf weitere als Finalist ausgezeichnet werden.

**BERATUNG**

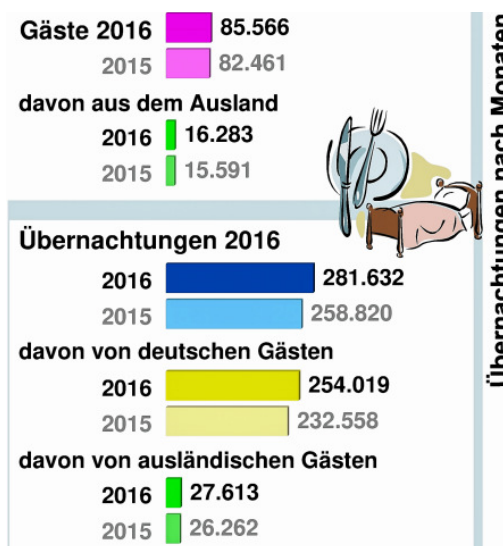
### IHK gibt Starthilfe für Gründer

**Traunstein** – Zu einer Existenzgründung braucht es mehr als eine blendende Geschäftsidee. Rund die Hälfte aller jungen Unternehmen in Oberbayern, so das Ergebnis einer Studie der IHK für München und Oberbayern, bleibt in den ersten vier Jahren auf der Strecke. Mit guter Vorbereitung und Hilfe von erfahrenen Beratern steigen die Erfolgchancen deutlich. Der nächste Gründersprechtag findet am Dienstag, 24. Mai, im Landratsamt Traunstein, Papst-Benedikt-XVI.-Platz, statt. IHK-Gründungsexperte Oliver Nerz gibt Tipps zu Gründungsformalitäten, Wahl der Rechtsform und Coaching-Programmen. Anmeldungen unter Telefon 08 61/58-4 56 möglich.



#### Stadt Rosenheim: Fremdenverkehrsyear ist gut angelaufen

Es läuft gut an, das Fremdenverkehrsyear in der Stadt Rosenheim. 23 391 Übernachtungen meldeten die Beherbergungsbetriebe für die ersten zwei Monate an das Landesamt für Statistik. Das sind 2062 Übernachtungen mehr als in den Anfangsmonaten des Vorjahres. Geht man von durchschnittlichen 70 Euro pro Übernachtung aus, sind das bisher rundgerechnet 144 000 Euro mehr Umsatz in den Kassen. Auch die Auslandsgäste bleiben ein wichtiger Faktor für den Fremdenverkehr der Stadt. Sie buchten insgesamt 6 571 Nächte (Vorjahr: 5 994 Nächte) und steuerten damit bisher 28,1 Prozent des Umsatzes bei.



#### Landkreis: Zahl der Auslandsgäste und Übernachtungen steigt

Der Landkreis Rosenheim ist gut in das Fremdenverkehrsyear 2016 gestartet. Für die ersten beiden Monate meldeten die Herbergsbetriebe mit mindestens zehn Betten insgesamt 281 632 Übernachtungen an das Landesamt für Statistik. Das sind 22 812 Übernachtungen mehr als in den Anfangsmonaten des Vorjahres und damit rund 1,6 Millionen Euro mehr Umsatz in den Kassen, wenn von durchschnittlichen 70 Euro pro Übernachtung ausgegangen wird. Die Auslandsgäste buchten insgesamt 27 613 Nächte (Vorjahr: 26 262 Nächte) und steuerten damit 9,8 Prozent des Umsatzes bei.